

**Änderungsanträge an Entwurf Europawahlprogramm zum Bundesparteitag**

*Beschluss des Landesvorstandes im Umlaufverfahren vom 22. - 25. Januar 2014*

---

**Beschluss:** Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt, folgenden Änderungsantrag zu übernehmen und an den Bundesparteitag einzureichen.

**Politische Botschaft:** DIE LINKE. Sachsen bringt sich in die Debatte um das Europawahlprogramm ein. Dabei spielen auch, jedoch nicht nur, die vom Landesverband beschlossenen Leitlinien zum Thema Europa eine Rolle.

**Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet ([www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de))

**Weitere Maßnahmen:** Versendung an Parteivorstand (nach Redigierung und ggf. Anpassung der Begründungen)

**Die Vorlage wurde abgestimmt mit:**

**Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

**Abstimmungsergebnis:**

Dafür: 11                      Dagegen: 1                      Enthaltungen: 2    beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 25. Januar 2014



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

## Anträge an das Europawahlprogramm

EinreicherInnen: Caren Lay, Thomas Nord, Axel Troost...

Antrag:

*Zeile 2-9 „Die Europäische Union war einst eine Hoffnung für die Menschen. Aber was haben die Raubzüge der Großbanken, der Bürokratismus und die Unersättlichkeit der Rüstungskonzerne daraus gemacht? Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht wurde die EU zu einer neoliberalen, militaristischen und weithin undemokratischen Macht, die nach 2008 eine der größten Krisen der letzten 100 Jahre mit verursacht. Viele verbanden mit der EU: mehr internationale Solidarität. Heraus gekommen sind mehr faschistische Parteien, rechtspopulistische Hetzer und mehr Menschenjagd in und an den Grenzen der EU. Immer mehr wurde die EU zu einem ungehemmten Kapitalmarkt. Immer mehr Gräben wurden aufgerissen, statt Hände zu reichen.“* wird gestrichen.

Begründung:

Im ursprünglichen Entwurf des Europawahlprogramms war diese Passage aus dem Alternativantrag nicht enthalten. Die sogenannte „Präambel“ wurde von einer Mehrheit des Parteivorstands übernommen, weil einige PV-Mitglieder darin einen Kompromiss gesehen haben, um einen gemeinsamen Leitantrag des Parteivorstands zu ermöglichen. Mit der Aufrechterhaltung des Alternativantrages ist dieses Vorhaben gescheitert und nicht weiter aufrechtzuerhalten, zumal ein großer Teil der PV Mitglieder die inhaltlichen Aussagen dieser Textübernahme explizit nicht teilt. Auch ohne diese problematische Einleitung ist der Gesamttext in sich schlüssig, es wird daher beantragt ihn zu streichen.

Die Gründe für die Entstehung von mehr faschistischen Parteien, Rechtspopulismus und Menschenjagd sowie eine der größten Krisen alleine bei der EU zu verorten - und dies noch dazu im Kontext "der letzten 100 Jahre" - ist keine zutreffende Analyse von Faschismus, Rassismus und kapitalistischer Krisendynamik. Die Kritik an der neoliberalen Hegemonie, der Militarisierung und Abschottungspolitik der EU ist an anderer Stelle im Leitantrag treffender formuliert, in dieser verkürzten Form wird der Passus weder der Geschichte Europas noch der der EU gerecht.